A1NEU Frau, Leben, Freiheit!

Gremium: 2. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 17.12.2022
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

Antragstext

Frau, Leben, Freiheit!

Der Mord an Jina Mahsa Amini, eine junge iranische Kurdin, war ein staatlicher Femizid ausgeführt durch die Sittenpolizei des Mullah-Regimes. Tausende Frauen, queere Menschen und Jugendliche strömen seit dem Mord an Jina Mahsa Amini auf die Straßen, einige reißen sich öffentlich das Kopftuch ab und legen sich mit dem Repressionsapparat an, der die Proteste auf brutalste Weise eindämmen will. „Jin, Jiyan, Azadi – Zan, Zendegi, Azadi! Frau, Leben, Freiheit“ – ist der Leitspruch der Proteste. Unter diesem Aufruf haben kurdische Frauen ihren Widerstand bereits gegen die islamische Terrorgruppe ISIS organisiert und bekräftigt. Heute, im Iran, organisieren sie sich in ihrem Kampf für Demokratie und Freiheit. Die Protestbewegung ist aber keine rein weibliche – auch Männer, Junge und Alte gehen auf die Straße und unterstützen den Aufstand gegen die Unterdrückung. Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Iran sind seit Jahren schlecht.
Viele Iraner*innen leben in heftiger Armut, einige haben nicht einmal Zugang zu sauberem Trinkwasser, während Angehörige des Mullah-Regimes ein Luxusleben führen und die Gewinne aus der Ölwirtschaft an einige wenige gehen.Auch deswegen wird die Protestbewegung zunehmend von Arbeiter*innen unterstützt, die ihre Betriebe, wie die Ölraffinerien, bestreiken.
Immer mehr mehr Menschen wehren sich gegen die islamistisch motivierte Unterdrückung von Frauen, von Homosexuellen, von queeren Menschen, gegen Armut, gegen ihre wirtschaftliche Ausbeutung – kurz: sie begehren auf gegen ein Regime, das ihre Rechte und ihr Wohlergehen verachtet. Das Wesen des Regimes der Islamischen Republik besteht aus reiner Gewalt unnd Terror, ist ein staatlicher Förderer des Terrorismus, der auch gegen die eigene Zivilbevölkerung mit exzessiver Gewalt und Terror vorgeht und deren Protest niederschlägt: Tausende Protestierende wurden seit Beginn der Aufstände inhaftiert, viele wurden gefoltert, einige Demonstrant*innen sogar getötet. Trotzdem gelingt es dem mächtige Repressionsapparat der islamischen Republik nicht, diese revolutionäre Bewegung zu beenden. Eine Bewegung, die Gleichberechtigung, Menschenrechte und Freiheit anstrebt, wird sich am Ende gegen Unrecht und Diktatur durchsetzen, daran hält sich die Mehrheit der Iraner*innen fest.

Die Wut ist keine neue

Schon kurz nach der islamischen Revolution 1979 wurde der Verschleierungszwang eingeführt. Frauen waren damit die erste Gruppe, deren Grundrechte direkt nach der Revolution von der islamischen Führung eingeschränkt wurde. Schon damals versammelten sich Frauen und protestierten tagelang gegen die Einschränkung ihrer Freiheiten. In den folgenden Jahren wurden Oppositionelle verfolgt, gefoltert und ermordet, Kurd*innen diskriminiert und ein immer brutalerer Machtapparat aufgebaut. Auch hat das Regime im Iran jahrelang versucht, Gruppen im Land gegeneinander auszuspielen, so auch die Mehrheitsgesellschaft gegen die Kurd*innen. Aber jetzt, unter dem Slogan »Frau, Leben, Freiheit« kommen alle zusammen.

Solidarität mit dem Freiheitskampf!

Es sind die Menschen im Iran, die ihr Schicksal in die Hand nehmen und für Freiheit einstehen. Es ist unsere Aufgabe, sie dabei bestmöglich zu unterstützen.

Was zu tun ist:

- Als Grüne Jugend unterstützen wir die Demonstrationen in Deutschland, mobilisieren zu ihnen und beteiligen uns mit unseren Kreisverbänden vor Ort in der Organisierung ebendieser. Wir unterstützen das besondere Engagement der iranischen Exilgesellschaft in Deutschland in ihrem Kampf für Freiheit und Demokratie im Iran und stellen ihnen im Rahmen unserer Möglichkeiten Kompetenzen und Ressourcen für ihre Aktivitäten zur Verfügung.

- Wir sehen es als unser unmittelbares Handlungsfeld, sicheres politisches Engagement für Exil-Iraner*innen in Deutschland zu ermöglichen. Deswegen setzen wir uns für die Schließung des islamischen Zentrums in Hamburg ein, welches eng mit dem Regime im Iran verstrickt ist.

- Die Revolutionsgarde muss offiziell als Terrororganisation eingestuft werden und ein weitreichendes Einreiseverbot für Mitglieder verhängt werden. Alle Immobilien und Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, die den Revolutionsgarden zugeordnet sind, sind zurückzuführen, zu beschlagnahmen und den Personen Zugriff auf mögliche Konten zu verwehren.

- Darüber hinaus ist es die Aufgabe der Bundesregierung, den behördlichen Schutz für Exil-Iraner*innen zu ermöglichen.

- Wir brauchen einen sofortigen Abschiebestopp in den Iran. Die

Einreisesperre für bereits abgeschobene Menschen muss zurückgenommen werden und allen Iraner*innen ein Bleiberecht gewährt werden.

- Es braucht schnellstmöglich eine unbürokratische und bedingungslose Aufnahme geflüchteter Menschen aus dem Iran – zum Beispiel durch Bundes- oder Landesaufnahmeprogramme.

- Menschen, die direkt oder indirekt mit oder für die Bundesrepublik Deutschland gearbeitet haben, sind durch ihre Tätigkeit und ihr Engagement gefährdert. Die Bundesregierung trägt besondere Verantwortung diese Menschen zu schützen und ihnen und ihren Familienangehörigen die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen.

- Sanktionen, die die Bevölkerung des Irans treffen, sind kontraproduktiv. Sinnvoll sind gezielte Sanktionen gegen Einzelpersonen und Organisationen, die mit dem Regime verstrickt sind und es unterstützen. Dazu gehört neben einem Kooperations- und Betätigungsverbot auch die Konfiszierung von Einkommen und Vermögen sowie die strafrechtliche Verfolgung.

- Der Zugang zum freien Internet ist für die mutigen Menschen im Iran notwendig, um auf der einen Seite miteinander zu kommunizieren und auf der anderen Seite, internationale Aufmerksamkeit und Solidarität zu erzeugen. Das Regime der islamischen Republik schränkt diesen Zugang immer weiter ein. Die vielen Initiativen aus Zivilgesellschaft, Unternehmen und auch Regierungen, diese Sperren zu umgehen und weiterhin Kommunikation zu ermöglichen sind eine Form praktischer Solidarität!

- Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, Wege zu finden, Oppositionelle direkt zu unterstützen. Dafür braucht es einen engen Dialog mit der Protestbewegung, um auszuloten, welche Unterstützung vor Ort tatsächlich hilfreich ist

- Wir setzen uns für eine Welt frei von Atomwaffen ein. Ob man mit dem gewaltvollen Mullah-Regime verlässliche Abmachungen eingehen kann, ist zurecht umstritten. Dementsprechend ist es richtig, dass die Verhandlungen zum Atomwaffenvertrag weiterhin gestoppt bleiben.

Gemeinsam für Freiheit und Menschenrechte, überall!

Das außenpolitische Handeln der Bundesregierung ist widersprüchlich und bei weitem nicht nur wertegeleitet. Während die Kurd*innen in Ostkurdistan im Iran treibende Kraft für die Revolution sind, werden sie in Südkurdistan von der Türkei angegriffen. Mittlerweile häufen sich die Berichte, dass es sich um Giftgasangriffe handelt. Hierzu schweigt die Bundesregierung, wie schon bei den

Angriffen auf Nord-Ost-Syrien.

Die Bundesregierung muss sich für eine unabhängige Aufklärung einsetzen, ob es sich tatsächlich um Giftgasangriffe handelt. Sie muss die völkerrechtswidrigen Angriffe in Nord-Ost-Syrien (Rojava) klar verurteilen, und sich für ihr Ende einsetzen. Es sind auch Waffen aus Deutschand, die bei den imperialistischen Angriffen durch Deutschlands NATO-Partner Türkei eingesetzt wurden.

Hier sehen wir, was passiert, wenn der Anspruch eines werteorientierten Handelns nicht mit der Interessenslage des Staates zusammen fallen. Wir kämpfen für eine Welt , in der das Wohl des einen nicht auf dem Leid des anderen fußt. Eine Welt ohne Krieg, Ausbeutung und Diskriminierung. Eine Welt, in der die Menschenrechte im Mittelpunkt des politischen Handeln stehen. Diesen Anspruch erhebt die Bundesregierung mit dem Bekenntnis zu feministischer Außenpolitik ebenfalls an sich. In den Momenten, wo wertegeleitetes Handeln notwendig wäre, auch wenn es sich gegen die eigenen Staats- und Kapitalinteressen richtet, sehen wir aber, dass die Regierung ihren Anspruch verfehlt. Für uns bedeutet das nur umso mehr: Wir stehen solidarisch an der Seite der Kurd*innen! Die Beziehungen zwischen Staaten ist von Abhängigkeiten und geopolitischen, oft wirtschaftlichen Interessen geprägt.
Als Linke stellt uns das vor die Herausforderung, wirkmächtige Handlungsfelder zu erkennen und zu nutzen. Dass die Situation im Iran auch hier in Deutschland Hunderttausende auf die Straßen treibt, zeigt, wie groß das Potential für internationale Solidarität ist. Hieran können wir anknüpfen. Wenn das Regime Internet und Messenger abschaltet, um die Stimmen der Proteste im Iran zu ersticken, dann stehen wir umso lauter für die mutigen Menschen im Iran ein. Als internationalistische Feminist*innen, als Unterstützer*innen der revolutionären Kräfte im Iran, müssen wir jetzt das Machbare tun, um die Kräfte vor Ort zu unterstützen.

Internationale Solidarität brauchen wir auch dann, wenn diejenigen, die für Freiheit kämpfen, gerade keine internationale Bühne haben, wenn sie in der Minderheit sind und wenn noch viel Aufbauarbeit zu leisten ist. Wie wir sie auf der einen Seite durch die direkte Verbindung zu Akteuren im Ausland und auf der anderen Seite durch den Druck auf die eigene Regierung unterstützen können, sind Fragen, denen wir uns als GRÜNE JUGEND im nächsten Jahr vermehrt annehmen werden. Wir wollen dabei an dem Aufbau einer internationalistischen Linken arbeiten, die in globalen Fragen nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen kann, sondern international miteinander vernetzt eine echte Schlagkraft entwickeln kann.